



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/79

5. April 1951.

Hinweise  
auf den Inhalt:

Entartung des politischen Kampfes	S. 1
Sudetendeutsche Außenpolitik	S. 3
Maschinen für den Ostblock	S. 4
Ost-Nachrichten	S. 5

## Dorls auf dem Kriegspfad

(sp) Im Schatten wichtigerer Dinge ist für die breite Öffentlichkeit ein Vorgang fast ganz untergegangen, den man wegen seiner symbolistischen politischen Bedeutung doch näher unter die Lupe nehmen muss.

In der Mittwochsitzung des Bundestages vorlas Präsident Ehlers ein Fernschreiben, das der Abgeordnete Dr. Dorls am 30. März vom Bundeshaus an den bayrischen Innenminister Dr. Hoegner gerichtet und das folgenden Wortlaut hat:

"Durch Pressevertreter in Bonn wurde mir mitgeteilt, dass laut Erlass Ihres Ministeriums Versammlungen der Sozialistischen Reichspartei im Reichslande Bayern verhindert werden sollen. Diese Anordnung wird von uns, da verfassungswidrig, als gegenstandslos betrachtet. Unsere Meinung zur Sache: Amerikanisches Terrorregiment durch Ihre politischen Zuhälter in Deutschland. Unsere Meinung zu Ihrer Person: Sie sind das verächtlichste Subjekt, das die deutsche Erde je getragen hat, weil Sie sich freiwillig als Hinrichtungszeuge in Nürnberg zur Verfügung gestellt haben".

Dr. Hoegner hat sofort Strafantrag bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in München gestellt. Der Immunitätsausschuss wird,

wie man hört, die Angelegenheit mit grösster Beschleunigung behandeln. Hoegner selbst hat in der Sache mitgeteilt, dass er sich nicht freiwillig als Hinrichtungszeuge in Nürnberg zur Verfügung gestellt habe, sondern als damaliger bayerischer Justizminister von der Kontrollkommission dazu befohlen worden sei.

Am letzten Freitag Abend hat der ehemalige Generalmajor Remer in einer SRP-Wahlversammlung in Osnabrück erklärt, dass dereinst alle sogenannten Widerstandskämpfer, die in Wirklichkeit nichts anderes als nichtsnutzige Landesverräter seien, vor ein gesamtdeutsches Gericht gestellt würden, und er hat bei anderer Gelegenheit, in einer öffentlichen Versammlung in Westercelle in Niedersachsen, versichert: "Ich bin kein Nazi, aber Nationalsozialist".

Es hat den Anschein, als ob, natürlich vor allem auch im Zeichen der bevorstehenden Landtagswahl in Niedersachsen, wo die rechtseradikalen Elemente in der Nachkriegszeit immer besonders eifrig waren, der Neofaschismus zu einer Art Generalangriff auf die Demokratie ansetzen wolle. Andererseits lässt sich die nicht mehr zu überbietende Rüpelhaftigkeit in Sprache und Betragen, die sich der ersten Tradition hitlerischen Rabaukentums würdig erweist, vielleicht auch damit erklären, dass die Zersplitterung im rechtsradikalen Lager in den letzten Monaten für die Betroffenen einen äusserst bedenklichen Grad erreicht hat, und dass man durch Randalieren die eigene politische Entwicklungskrise auszugleichen versucht. Die Töne, die Dorls und Remer hier angeschlagen haben, zeigen mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, dass hier mit den gleichen Mitteln die Demokratie unterminiert werden soll wie seinerzeit im Weimarer Staat.

Deshalb ist es dringend notwendig, dass die Bundesrepublik in der Bekämpfung dieser Gefahr rücksichtslos durchgreift und sich in ihrem Abwehrwillen nicht durch formalistische oder prinzipielle Überlegungen hemmen lässt. Wo gesetzliche Handhaben fehlen, könnten sie leicht geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang interessiert auch das Verhältnis der WAV zur SRP, deren Abgeordnete Dorls und Richter bei der WAV hospitieren. Ein solches Verhältnis setzt eine einheitliche oder doch weitgehend übereinstimmende politische Willensbildung voraus. Die SRP ist unter Nr. 13 auf der Liste der von der Bundesregierung als verfassungswidrig bezeichneten Organisationen aufgeführt. Es erscheint erforderlich, dass die WAV sich jetzt über ihr Verhältnis zur SRP äussert, wenn sie nicht will, dass man sie mit dieser Organisation gleichsetzt und gleich behandelt.

Dorls hat geglaubt, Hoegner als "verächtliches Subjekt" beschimpfen zu können. Er hat im Grunde damit nur eine Selbstcharakterisierung gegeben. Aber Leute seiner Sorte sind vor allem auch gefährlich, wenn sie sich auf die Dauer unehindert entfalten können. Sie sind es vielleicht weniger um dessentwillen, was sie für sich politisch erreichen, als um des Schadens willen, den sie einem sich langsam entwickelnden demokratischen Staatsbewusstsein zufügen können.

Sudetendeutsche Aussenpolitik  
-----

F.S. London, Anfang April.

Während einer Versammlung der "Freiungemeinschaft Sudetendeutscher Sozialdemokraten" und des "Anglo-Sudeten-Club" sprachen in London Mitglieder des Präsidiums der "Sudetendeutschen Arbeitsgemeinschaft", das durch Dr. Lodgmann und die Bundestagsabgeordneten Reitzner und Hans Schütz vertreten war. Die sudetendeutsche Frage, so wurde von den Rednern ausgeführt, sei ein Teil des deutschen und europäischen Problems überhaupt. Die Sudetendeutschen glauben, sich in dieses Problem mit einschalten zu müssen, zuzal der Bundestag die Berechtigung ihrer Forderungen anerkannt habe. Aber auch tschechische Kreise, mit denen die Arbeitsgemeinschaft in Verbindung steht, seien heute bereits mit politischen Konzessionen einverstanden, nachdem sie erkannten, dass sich durch die Austreibung der Sudetendeutschen Panlawismus und Bolschewismus in der Tschechoslowakei entwickelten.

Im mitteleuropäischen Raum leben 12 kleine Nationen; ihre Entwicklung und Entscheidungen beeinflussen die europäische Frage in allen ihren Einzelheiten. Ihre Lösung hängt nicht so sehr von einem Ausgleich der deutsch-französischen Beziehungen, sondern viel mehr von der Entwicklung der deutschen Politik hinsichtlich Polens und der Tschechoslowakei ab. Die Sudetendeutschen sind überzeugt, dass auch ihnen aussenpolitische Aufgaben erwachsen, die keine deutsche Regierung offiziell auszusprechen in der Lage ist. Die in England befindliche Kommission war vor ihrer Abreise vom Bundeskanzler empfangen worden. Sie wird hier mit politischen Kreisen Fühlung nehmen, um sie mit den sudetendeutschen Problemen vertraut zu machen, aber auch gleichzeitig den Auftakt zu einer stärkeren politischen Aktivität geben. Im Zusammenhang mit der Tagung der ost-europäischen Exilsozialisten gewinnt die Anwesenheit der sudetendeutschen Kommission an Bedeutung.

+ + +

Ein Gespräch SPD-EKD  
-----

(sp) Anlässlich der Hamburger Synode der EKD fand am 3.4.1951 ein Gespräch zwischen Teilnehmern der Synode und Sozialdemokraten über aktuelle kulturpolitische Probleme statt. Die Besprechung, an der u.a. Prof. Dr. Iwand, Prof. Dr. Hammelsbeck, Fritz Söhlmann, Herausgeber der "Jungen Kirche", Generaldirektor Dr. Grimme, Senator Landahl teilnahmen, verlief in freundschaftlichem Geiste.

+ + +

- 4 -

### Kommen die Restitutionsen wieder?

-----

-dt. Das Gespenst der Restitutionsen, das man mit der Demontage begraben wähnte, ist urplötzlich wieder aufgetaucht. Fünf badischen Firmen wurden ohne vorherige Benachrichtigung von den Franzosen Maschinen genommen, die angeblich während des Krieges in der Tschechoslowakei requiriert worden waren. Die Maschinen sollen in die Tschechoslowakei zurückgebracht werden. Auf einen Protest hat Oberkommissar Francois Poncet erwidert, dass diese Maschinen seit zwei Jahren beschlagnahmt seien; dass sie erst jetzt eingezogen würden, sei ein Entgegenkommen der Besatzungsmacht.

Wer das trübe Kapitel der Restitutionsen verfolgt hat, wird wissen, dass gerade im Falle der Tschechoslowakei allerhand gesündigt worden ist. Was im sogenannten Protektorat während des Krieges requiriert worden war, wurde damals ordnungsgemäss bezahlt, und das meist zu einer Zeit, da auch die Reichsmark noch einigen Wert besass. Aus dem Protektorat wurde aber nicht nur herausgeschleppt, weit mehr noch wurde hineingesteckt, denn der böhmische Kessel, von der alliierten Luftwaffe verschont, war bis zum Kriegsende ein idealer Luftschuttkeller der deutschen Rüstungsindustrie. Im Frühjahr 1945, als die Sieger von Osten und Westen in das Innere Deutschlands stiessen, war Böhmen der letzte Zufluchtsort des restlichen, noch unversehrten deutschen Kriegsmaterials. Den Tschechen, die während des Krieges keine Scheu hatten, gut zu verdienen, fielen bei Kriegsschluss Werte in die Hände, die die heute beschlagnahmten Maschinen hunderttausendfach aufwiegen. Dass die Tschechen damals die Beute mit den Russen teilen mussten, ist ein anderes Kapitel; immerhin konnten die Russen, um nur ein Beispiel zu nennen, nicht die Flugzeugfabriken abbauen, die rings um Prag von den Deutschen errichtet worden waren. Es ist nicht nur eine deutsche Version, dass die Tschechen die Kriegsgewinnler von Mitteleuropa sind.

Was die jüngste französische Massnahme so unverstänglich macht, ist, dass die Maschinen einem Satelliten Moskaus ausgeliefert und somit die Produktionskraft des Ostens stärken werden. Das ist keineswegs die bürokratische Massnahme irgendeines Ortskommandanten,

sondern eine von höchster Stelle, dem Oberkommissar, sanktionierte Handlungsweise. Das zu einem Zeitpunkt, da einem deutsch-tschechischen Handelsaustausch auch nicht-strategischen Materials von den Alliierten nicht geringe Schwierigkeiten bereitet werden. Es wäre interessant zu wissen, ob die amerikanischen Grenzstellen in Furt im Walde, die sich monatelang so wacker gegen die Passage von Mannesmannröhren und anderen gewehrt hat, in diesem Fall die gleiche Energie aufbringen werden.

+ + +

#### Nachrichten aus der Ostzone:

##### Ostzonale Forschung - nur für die Russen

(sp) In der Sowjetzone sind zehn Forschungsinstitute im Aufbau, für Stahl und Eisen, Nichteisenmetalle, Strahlungsquellen, Fernmeldewesen, Baustoffe, Wärmetechnik, magnetische Werkstoffe, Schweiss-technik, die Verwendbarkeit von Silikaten, Katalysen. Für diese Forschungs-Institute werden 50 Millionen D-Mark ausgeworfen. Sämtliche Forschungsinstitute haben laufend Ergebnisberichte an die jeweiligen Fachstellen der Sowjetischen Kontrollkommission abzuliefern. Verwaltungstechnisch und wirtschaftlich sind diese Institute dem Ministerium für Schwerindustrie unterstellt. Ausser den Mitarbeitern ist das Betreten der Laboratoriumsräume nur mit Sonderausweisen gestattet, die von der Sowjetischen Kontroll-Kommission ausgestellt sind. Die Sowjetzonenregierung hat darauf keinen Einfluss. Lediglich die Kontrolle an den Aus- und Eingängen ist besonders ausgesuchten SSD-Beamten übertragen worden.

##### Brandenburg hat zu wenig "Volkskontrolleure"

(sp) Die Zahl der Mitarbeiter der "Staatlichen Volkskontrolle Brandenburg", die sich zur Zeit auf 5.000 beläuft, soll in Kürze zunächst auf 6.000 erhöht werden. Die neuen Mitglieder sollen ausnahmslos von der SED und dem FDGB kommen. Der Landesvorsitzende der Kommission für Staatliche Kontrolle, Curt Wach, hat angekündigt, dass in den nächsten Wochen verschärfte Überprüfungen aller Privatbetriebe, der Verwaltungen und der landwirtschaftlichen Betriebe durch die Organe der Volkskontrollkommission erfolgen werden.

##### Auf Helgoland waren keine "Falken"

(sp) Die Jungsozialisten der SPD und die sozialistische Jugend Deutschlands "Die Falken" weisen entschieden die Behauptung der KP-Presse zurück, nach der an der FDJ-Aktion Helgoland auch Mitglieder ihrer Organisationen beteiligt sein sollen. Diese Meldung ist nichts anderes als ein Versuch, die SPD-Jugend für die kommunistische Propaganda zu missbrauchen.

Verantwortlich: i. V. Josef Schmidt